

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

AKTUELL

Verhandlungen über US-Soldaten in Vietnam

Eine amerikanische Delegation ist am Mittwoch von Bangkok nach Hanoi geflogen, um die nach dem amerikanischen Bombardement in Libyen abgebrochenen Verhandlungen mit Vietnam über vermisste amerikanische Soldaten in Indochina wieder aufzunehmen. Die Delegation besteht aus vier bis sechs Fachleuten und wird am Samstag nach Bangkok zurückkehren. Elf Jahre nach Beendigung des Vietnamkrieges gelten nach Angaben des Verteidigungsministeriums in Washington noch über 1700 Soldaten als vermisst. In den USA wurde wiederholt die Vermutung geäußert, dass einige noch am Leben sein könnten.

Mindestens 30 Tote auf Sri Lanka

Bei zwei fast zeitgleichen Bombenanschlägen im Osten Sri Lankas sind nach Polizeiangaben am Mittwoch mindestens 30 Menschen ums Leben gekommen. Nach anderen Quellen starben über 70 Personen, als in zwei vollbesetzten Bussen in der Hafenstadt Trincomalee die Sprengkörper detonierten. Zahlreiche Fahrgäste erlitten schwere Verletzungen. Aus Militärkreisen verlautete, die Anschläge gingen auf das Konto separatistischer Tamilen-Rebellen.

Forlani neuer Präsident der italienischen Christdemokraten

(spk/dpa) Italiens stellvertretender Regierungschef Arnaldo Forlani ist seit Mittwoch auch Präsident der christdemokratischen Partei seines Landes. Der Nationalrat der Democrazia Cristiana (DC), das höchste Gremium zwischen den Parteitagen, wählte ihn in Rom erwartungsgemäss in dieses Amt, das viel Prestige aber wenig politischen Einfluss gibt. Eigentlicher Parteiführer der italienischen Christdemokraten ist Ciriaco De Mita, der vor einem Monat auf dem DC-Kongress in Rom zum zweiten Mal als Generalsekretär bestätigt wurde. Bisheriger DC-Präsident war Flaminio Piccoli, der zurücktrat, weil er zum Vorsitzenden der christdemokratischen Internationalen gewählt wurde. Prominentester Präsident der Democrazia Cristiana war Aldo Moro, der dieses Amt bekleidete, als er 1978 von den linksterroristischen «Roten Brigaden» ermordet wurde.

Abstimmung in Vaduz

Neun Einbürgerungsgesuche liegen vor

Morgen Freitag, den 13. Juni von 17 bis 20 Uhr und am Sonntag von 10 bis 12 Uhr findet in Vaduz ein Urnengang statt, an welchem die Stimmberechtigten über neun Einbürgerungsgesuche zu befinden haben. Seit September 1984 liegen zwölf Gesuche um Aufnahme in den Bürgerverband der Gemeinde Vaduz vor. Auf Antrag der Einbürgerungskommission beschliesst der Gemeinderat, die Gesuche zur Abstimmung zu bringen. Drei Gesuche werden bis zur nächsten Einbürgerungsabstimmung zurückgestellt. Das Abstimmungslokal befindet sich in der Eingangshalle im Vaduzer Rathaus. Gleichzeitig findet auch die Abstimmung über die Verleihung des Ehrenbürgerrechtes der Gemeinde Vaduz an Frau Ida Ospelt-Amann statt, welche sich als liechtensteinische Mundartdichterin einen bleibenden Namen geschaffen hat.

Forderung nach klaren Vereinbarungen mit dem TaK

Regierungschef Hans Brunhart äussert sich am Pressegespräch zu den Problemen mit dem Theater

Die finanzielle Situation und die als «unhaltbar» bezeichneten Zustände des Theaters am Kirchplatz (TaK) bildete auch Gegenstand von Fragen am monatlichen Pressegespräch mit der Regierung, das auch die neue Regierung künftig in regelmässigen Abständen weiterführen möchte. Regierungschef Hans Brunhart, bisher für den Bereich «Kultur» in der Regierung zuständig, forderte dabei klare Vereinbarungen mit dem Theater am Kirchplatz. Zuerst müssten die Strukturprobleme gelöst werden, bevor die Finanzprobleme an die Hand genommen würden.

Ausser Frage steht nach Auffassung von Regierungschef Hans Brunhart, der sich in den letzten Jahren mehrfach für eine Lösung der aufgelaufenen Probleme eingesetzt hat, dass das Theater am Kirchplatz (TaK) ein grosser kultureller Gewinn für das Land ist. Doch ist es nach seinen Worten nicht damit getan, die Forderungen nach mehr finanziellen Zuwendungen der öffentlichen Hand zu erfüllen, sondern als dringend notwendig erachtet er eine Gesamtlösung, eine neue Regelung für die finanziellen Zuschüsse mit klaren Abgrenzungen.

Rolle der Beteiligten definieren

Regierungschef Brunhart erinnerte in seinen Ausführungen daran, dass das Finanzierungsmodell ursprünglich davon ausgegangen sei, die Kosten würden zu je einem Drittel durch den Staat, die Standortgemeinde Schaan sowie durch Private aufgebracht. Von diesem Finanzierungsschlüssel ist offenbar die Gemeinde Schaan vor einigen Jahren abgewichen, jedenfalls stehen die Zuwendungen der Gemeinde und die Subventionen des Landes nicht mehr im ursprünglich festgelegten Verhältnis. Damit stellt sich nach den Worten des Regierungschefs die Frage für die Regierung, ob auch der Staat von diesem Finanzierungsmodell Abstand nehmen soll. Eine Lösung der offenen Fragen und der formulierten Probleme ergibt sich, so die Auffassung von Regierungschef Brunhart, nur durch eine klare Definition der Rolle, die Land, Gemeinde Schaan und Private künftig bei der Finanzierung des Theaters zu spielen hätten oder zu spielen gewillt seien.

Strukturprobleme zuerst lösen

Zu den offenen Fragen und Problemen

zählt Brunhart aber nicht nur die Finanzierung und die Subventionierung durch die öffentliche Hand, sondern auch den geplanten Anbau sowie die Übernahme des Kinos «Apollo» in Schaan. Nach seiner Ansicht müssen zuerst die Strukturprobleme bereinigt werden, bevor die Finanzprobleme gelöst werden können. «Im gleichen Stil wie bisher kann es nicht weitergehen, die Gemeinde Schaan und der Staat müssen ihre Rolle klar definieren.»

Für Regierungschef Brunhart ist die Tatsache, dass Geld vorhanden wäre, um die Finanzprobleme zu lösen, noch kein Argument, das Geld einfach auszugeben. Weitere staatliche Zuschüsse bringen die aufgetauchten und aufgelaufenen Probleme einer Lösung kaum näher. Wie er aber ausdrücklich erklärte, werde die Regierung nochmals die Initiative ergreifen, wie sie das schon mehrfach getan habe, um alle Beteiligten zur Lösung der Fragen an einen Tisch zu bringen. Das Ergebnis dieser Gespräche müsse nach seinen Worten klare Abmachungen, klare Abgrenzungen und eine Gesamtlösung sein. (G.M.)

Ein vielfältiger Aufgabenbereich zu bewältigen

Überblick über eine Reihe von aktuellen Tätigkeiten in den Ressorts von Dr. Herbert Wille

Die neue Regierung befindet sich erst einige Wochen im Amt, doch sind die aktuellen Tätigkeiten bekannt, der Rahmen für die Arbeiten in den nächsten Monaten abgesteckt. Am Pressegespräch vom Dienstagabend gab Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille einen kurzen Überblick über den Aufgabenbereich in den von ihm verwalteten Ressorts Inneres, Justiz, Umwelt, Land- und Forstwirtschaft sowie Kultur, Jugend und Sport. Die Darstellungen der anderen Mitglieder der Regierung werden in den kommenden Ausgaben folgen.

Im Ressort Inneres steht nach dem Überblick von Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille weiterhin die Arbeit an der Revision des Gemeindegesetzes im Vordergrund. Diese komplexe Arbeit hat bereits die vorherige Regierung während geraumer Zeit beschäftigt. Im weiteren hat nach seinen Worten der Atom-Unfall von Tschernobyl gezeigt, dass einige Massnahmen zum Schutz der einheimischen Bevölkerung im Wiederholungsfalle notwendig sind. Dabei geht es vor allem um den Ausbau des Alarmsystems und die sofortigen Vorkehrungen, die bei einem derartigen Unglück zu treffen sind. Schliesslich möchte Dr. Herbert Wille das Landesversorgungsgesetz revidieren, das über den Zollvertrag in enger Verbindung mit der Schweiz steht.

Doppeltes Ja bei Initiativen

Auch im Ressort Justiz geht es teilweise um die Fortführung von Arbeiten, die noch während der letzten Legislaturperiode angefangen, aber nicht mehr beendet wurden. Stichworte dazu sind die Gleichberechtigung im Vormundschaftsrecht und die Revision des Ehegesetzes, das ebenfalls gewisse Anpassungen erfahren soll. Die Strafrechtsreform, die in Form von zwei umfangreichen Gesetzen an den Landtag weitergeleitet wurde, wird derzeit in einer parlamentarischen Kommission weitergeführt. Möglicherweise können die Gesetze in diesem Jahr verabschiedet werden. Ein aktuelles Thema im Justizressort ist die von der «Freien Liste» eingereichte Initiative für ein «Doppeltes Ja» bei Volksabstimmungen. Zum gleichen Thema liegt der Regierung auch ein Postulat der FDP-Fraktion vor, zu dem die Regierung einen Bericht an den Landtag zu erstellen hat. Ob dieser Bericht noch vor der Abstimmung über die Initiative der «Freien Liste» an den Landtag gegeben wird, ist vorerst noch offen.

Ein neues Abfallbewirtschaftungsgesetz

Im Ressort Umwelt, Land- und Forstwirtschaft steht als vorrangiges Problem die Ausarbeitung eines Abfallbewirtschaftungsgesetzes an. Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille hofft, eine entsprechende Vorlage bis Ende Jahr dem Landtag unterbreiten zu können. Zudem sollen die notwendigen Verordnungen zum neuen Luftreinhaltegesetz in nächster Zeit herausgegeben werden.

Von seinem Vorgänger übernommen hat Dr. Herbert Wille die Milchkontingentierung und die Landwirtschaftszone. Die Milchkontingentierung wird nach seinen Worten voraussichtlich auf den 1. Januar 1987 kommen, die Schaffung einer Landwirtschaftszone soll – entgegen dem Bericht der vorherigen Regierung – weiter verfolgt werden.

Zinsloses Darlehen für Abwasserleitung

Sanierung der Abwasserentsorgung aus Malbun und Steg

Die Entsorgung des Abwassers aus den Ferienorten Malbun und Steg ist zu einem dringlichen Problem geworden. Anstatt der vor einigen Jahren geplanten Kläranlage in Steg, die das Abwasser aus Malbun und Steg reinigen sollte, soll nun eine Abwasserleitung errichtet werden, die das Abwasser in die talseitigen Abwasserreinigungsanlagen führt. Die Regierung schlägt dem Landtag eine erhöhte Subvention für die Gemeinde Triesenberg sowie die Gewährung eines zinslosen Darlehens für die Restsumme vor.

Seit 1967 gibt es eine Kläranlage in Malbun, die jedoch nach Auffassung von Experten stark überlastet ist. Der Reinigungsgrad der Anlage entspricht nicht mehr den vorgeschriebenen Richtwerten, einzelne Quellen der Trinkwasserfassung der Gemeinde Vaduz wurden bakteriologisch verseucht, was wahrscheinlich mit der ungenügenden Entsorgung der Abwässer im Malbun in Zusammenhang steht. Doch trotz der erkannten Probleme lässt die Abhilfe seit einiger Zeit auf sich warten.

Bereits 1979 bewilligte der Landtag eine erhöhte Subvention für die Erstellung einer neuen Kläranlage für das Alpengebiet mit Standort Steg. Die geplanten

Änderungen sind auch im Gesetz über das Aussiedlungswesen vorgesehen, wobei die Frage der Betriebsgrösse und das Problem der Voraussetzungen für die Bewerber im Vordergrund stehen.

Kulturbericht auf neuen Stand bringen

Im Bereich des Ressorts Kultur, Jugend und Sport, das neu zusammengesetzt wurde, sieht Dr. Herbert Wille im Vordergrund eine Überarbeitung des Kulturberichtes, der auf den neuesten Stand gebracht werden soll. Seit der Ausarbeitung dieses Berichtes sind einige Jahre vergangen, die kulturelle Szene hat sich etwas verändert, neue Institutionen sind hinzugekommen. Im weiteren möchte Dr. Herbert Wille eine Überprüfung der Aufgabenteilung zwischen Kirche und Staat vornehmen, da auch die kirchlichen Institutionen kulturelle Aufgaben wahrnehmen würden.

Am 21. September wieder autofrei

Zusätzliche Massnahmen in Aussicht gestellt

(paf) – Die Regierung beschliesst, am 21. September 1986 (Betttag) zum 4. Mal einen freiwilligen motorfahrzeugfreien Sonntag durchzuführen.

Nach den beiden motorfahrzeugfreien Sonntagen im Jahr 1985 fand am 25. Mai 1986 bereits die dritte Auflage dieser Aktion der Regierung statt, an der sich auch das Bundesland Vorarlberg beteiligte. Wie aus dem Schlussbericht hervorgeht, verzichteten am 25. Mai viele Motorfahrzeughalter auf die Benützung ihres privaten Fahrzeuges. Die Verkehrszählungen belegen, dass an diesem Sonntag nur rund die Hälfte des üblichen Verkehrsaufkommens die Messstellen passierten. Trotz dieses erfreulichen Ergebnisses stieg die Gesamtzahl der registrierten Fahrzeuge seit dem ersten motorfahrzeugfreien Sonntag am 21. April 1985 kontinuierlich an. So wurden bei der Messstelle «Aukreuzung» in Vaduz 1985 4002 Fahrzeuge gezählt, am 25. Mai 1986 waren es 5616. Die Zahl der Motorfahrzeuge mit FL-Kennzeichen stieg vom autofreien Sonntag im Frühjahr 1985 bis zum autofreien Sonntag im Frühjahr 1986 von 1489 auf 2283 an. Neben anderen Gründen dürfte dieser Anstieg gemäss dem Bericht auf den bereits deutlich angewachsenen Reiseverkehr zurückzuführen sein. Insgesamt kann auch bei diesem dritten motorfahrzeugfreien Sonntag auf freiwilliger Basis von einem Erfolg gesprochen werden. Die Regierung hat sich deshalb dafür ausgesprochen, diese Aktion am Betttag, 21. September 1986, zu wiederholen. Allerdings werden zusätzliche flankierende Massnahmen in Aussicht genommen.

Weiterer Ministerrücktritt in Österreich

Wien (AP) Die Kette der Ministerrücktritte nach der Demission des österreichischen Bundeskanzlers Fred Sinowatz am Montag riss auch am Mittwoch nicht ab. Als drittes Regierungsmitglied nach Aussenminister Leopold Graz und Landwirtschaftsminister Günter Haiden kündigte am Mittwoch der Minister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr, Ferdinand Lacina, seine Demission an. Ministeriumssprecher Robert Sedlacek teilte dazu mit, Lacina habe sich entschlossen, sein Amt niederzulegen und wolle sich ins Privatleben zurückziehen.

Sedlacek erklärte, es gebe eine Reihe von Gründen für Lacinas Rücktritt. Weitere Einzelheiten nannte der Sprecher nicht, doch wiesen politische Beobachter in Wien darauf hin, dass Lacina dem linken Flügel der Sozialistischen Partei (SPÖ) angehöre, während der neue Regierungschef Franz Vranitzky dem rechten Flügel der Partei zugerechnet werde und Lacina möglicherweise nicht in einer Regierung unter Vranitzkys Führung arbeiten wolle. Auch war der Minister, der auch für die verstaatlichten Betriebe zuständig ist, wegen der Affäre um Millionenverluste des staatlichen Stahlkonzerns Voest Alpine ins Kreuzfeuer der öffentlichen Kritik geraten.

WM heute Donnerstag

20.00 Brasilien – Nordirland
(In Guadalupe)
20.00 Spanien – Algerien
(In Monterrey)

Eine ausführliche Darstellung finden Sie auf Seite 3 der heutigen Ausgabe.